

Geschäftsstelle und Redaktion: Dresden, A. 18, Holbeinstr. 48

Telefon Nr. 21 908 Postfachkonto: Leipzig Nr. 14797

# Sächsische Volkszeitung

Wohnungspreis: Vierteljährlich in der Geschäftsstelle oder von der Post abgeholt Ausgabe 4 mit (Mittw. Beilage 10.00 M. Ausgabe 8 0.45 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus Ausgabe 4 10.65 M. Ausgabe 8 0.90 M. — Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachm. — Geschäftsstunde der Redaktion: 11 bis 19 Uhr vorm.

Einzelnen: Ausgabe von Geschäftsangelegenheiten bis 10 Uhr, von Familienangelegenheiten bis 11 Uhr vorm. — Preis für die Zeitungsleser 1.40 M. im Restantier 3.50 M. Familienangelegenheiten 1.30 M. — für unbesoldete Richter, sowie durch Fernsprecher aufgeborene Einzelnen können wir die Besondereinrichtungen für die Rückgabe des Tages nach dem Empfangen

## Die neue Regierung und die Parteien

Die Erklärung, die der Reichstagspräsident Fehrenbach am Montag vor dem zahlreich versammelten und aufmerksam lauschenden Reichstag abgab, ging weit über das Maß hinaus, das man sonst an Inhalt, Aufbau und Ausdehnung einer Regierungserklärung anzulegen gewohnt war. Fehrenbachs Erklärung war ein Programm, angelegt nach dem großen Gesichtspunkt der Klassenversöhnung im Innern, sowie der Völkerverständigung nach außen, getragen von dem festen, ersten Willen zum Wiederaufbau des Reiches und gegründet auf der Forderung nach Gerechtigkeit von Seiten der einstigen Gegner. Es behandelte einen Sammelruf für alle die im Glauben an die unerschütterliche deutsche Kraft und in Erkenntnis ihrer nationalen Mission an der Wiedergewinnung deutschen Wesens und an der Wiederherstellung deutscher Wirtschaft mitarbeiten wollen. Dabei trägt es die Färbung sozialpolitischer Forderung und starken sozialpolitischer Willens aus der deutschen Wirtschaft und dem deutschen Gesellschaftsleben aus der Kraft des gesamten Volkes heraus die Stippen zu geben, deren es bedarf, um sich von dem furchtbaren Schicksal, den es erlitten hat, zu erholen. Einem solchen Programm, dessen einzelne Gesichtspunkte von diesen großen Grundgedanken hergeleitet wurden, konnte keine Partei die ihm gebührende Anerkennung verweigern, weil es Richtung abgab, die von der Forderung nach Gerechtigkeit von Seiten der einstigen Gegner. Es behandelte einen Sammelruf für alle die im Glauben an die unerschütterliche deutsche Kraft und in Erkenntnis ihrer nationalen Mission an der Wiedergewinnung deutschen Wesens und an der Wiederherstellung deutscher Wirtschaft mitarbeiten wollen. Dabei trägt es die Färbung sozialpolitischer Forderung und starken sozialpolitischer Willens aus der deutschen Wirtschaft und dem deutschen Gesellschaftsleben aus der Kraft des gesamten Volkes heraus die Stippen zu geben, deren es bedarf, um sich von dem furchtbaren Schicksal, den es erlitten hat, zu erholen. Einem solchen Programm, dessen einzelne Gesichtspunkte von diesen großen Grundgedanken hergeleitet wurden, konnte keine Partei die ihm gebührende Anerkennung verweigern, weil es Richtung abgab, die von der Forderung nach Gerechtigkeit von Seiten der einstigen Gegner.

des eigenen Volkes nicht mehr weiß als günstigstenfalls der Durchschnittsgebilde. — auch er reicht nie und nimmer aus zum Kanzler des Deutschen Reiches! Auch dann nicht, wenn er starrer Parteimann und sogar Reichstagspräsident gewesen ist, — und auch nicht unter der Republik! Vor allem aber nicht unter den gegenwärtigen Umständen! Zwischen ihm und seinem Amtsvorgänger, dem Herrn aus der Kachelbranche, ist in diesen Dingen wirklich kein allzu wesentlicher Unterschied! Schon vor dem 9. November 1918 waren die Kanzlerschaften von Jahr zu Jahr ein bedeutenderes Kapitel. Seit der Revolution aber...

Forberungen für die Liquidierung des Krieges stehen bevor. Und nun erleben wir inmitten dieser Trostlosigkeit das Sinnlose, daß dieses bettelarme Volk abermals Millionenwerte in wilder Leidenschaft gewißt! Diese Begegnung des Volkes mit der gegenwärtigen Lebensmittellage in verschiedenen Teilen des Reiches weckte mit Ausnahme bei den Unabhängigen im ganzen Hause lebhafteste Zustimmung. Nach Weirhs Berechnung stellt sich unsere heutige Reichsschuld auf den geradezu entsetzlichen hohen Betrag von 265 Milliarden Mark. Man muß dieser Summe gegenüberhalten den Betrag der Reichsschuld vor dem Kriege in Höhe von etwa 5 Milliarden Mark. Das geradezu furchterliche der Situation in der wir stehen, ist leider immer noch nicht den weitesten Kreisen bewußt geworden. Man mußte sich auch wundern, mit welcher geringen Anteilnahme manche Abgeordneten diese furchtbaren Ziffern entgegennahmen. Man muß auch leider feststellen, daß verhältnismäßig in der ersten großen Sitzung des Reichstages im Jahre 1918 die Parteien sich dem Hören der Weirhschen Finanzpolitik entzogen haben. Hier aber liegen die Parteien unserer Wirtschaftslage. Wenn man weiter hört, daß wir heute in einem einzigen Jahre mehr an Steuern aufbringen müssen, als in sämtlichen Kriegsjahren von 1914 bis 1919 zusammengekommen, so erhält man annähernd einen Begriff von der entsetzlichen Last, die wir zu tragen haben, die in Spaa, wenn man den Entschlüssen glauben könnte, noch weiter vermehrt werden soll. Man muß dem Reichsfinanzminister zustimmen, wenn er fordert, daß das ganze Volk sich des furchtbaren Grades der Lage bewußt werden muß.

Eine Ausnahme macht nur die „Deutsche Zeitung“, die überall da mit häßlicher Ironie arbeitet, wo sie an den Tatsachen nicht rütteln kann. Mit ihr sind es naturgemäß die Kreise um Herrn Wulle, die gegen Herrn Fehrenbach und sein Programm gehässig anspringen, in Kleinigkeiten herumtrottelnd, um auf diese Weise den großen Eindruck seiner Rede zu verwischen. Hierin überbieten diese Kreise sogar die Herren von der extremen Linken, die sich zwar zu Fehrenbach und seinem Programm in scharfem Gegensatz stellen, dies aber, wie wir feststellen möchten, in sachlicherer Kritik u. Auseinandersetzung tun als die Kreise um die „Deutsche Zeitung“. Wir sind nicht so leicht, daran etwa Hoffnungen zu knüpfen. So schreibt die „Freiheit“ in ihrer Dienstag-Morgenausgabe: „Die Rede, die der neue Reichstagspräsident gehalten hat, war die erste Rede eines ersten Mannes, und auch der politische Gegner wird Herrn Fehrenbach glauben, daß er nicht leicht das Schwere Amt übernommen hat. Auch das Programm, das Herr Fehrenbach durchzuführen will, enthält vieles, dessen Verwirklichung möglich wäre.“ Wie auch die Linke, die von den Anhängern gebildet, sich zwar grundsätzlich ablehnend verhält, aber nicht alles, was im Programm gesagt ist, zu verneinen bestrebt, so hat auch der Redner der Rechten, der deutschnationale Abg. Herzog, in ruhiger Opposition die Zustimmung gegeben, daß seine Freunde gegen die Regierung kein Mißtrauensvotum einbringen und auch nicht ein solches mitmachen würden, wenn es von anderer Seite beantragt würde. Wenn allerdings die Regierung nicht nach den Grundgedanken verfahren sollte, die er und seine Freunde als Staatsnotwendigkeit bezeichnen, so sei es selbstverständlich, daß sie in Oppositionsstellung gingen. Diese durchaus vom Standpunkte deutschnationaler Auffassung kritizierende und doch in der Bahn sachlicher Auseinandersetzung gefaßt wird, zeigt hierüber, daß auch auf dieser Seite des Hauses Fehrenbachs Worte ihre starke Wirkung nicht verfehlt haben. Um so bezeichnender ist eben das, was sich das Organ der deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Wulle, die „Deutsche Zeitung“, leistet, wenn sie neben vielem anderem in Nr. 200 folgendes schreibt:

Der „Berliner Lokalanzeiger“, der in seiner scharfen Tonart gegen die frühere Regierung sich schon Erkelliches geübt hat, kommentiert Fehrenbachs Worte in seiner Montags-Abendausgabe durchaus nicht unehrlich. Er sagt: „Was er (Fehrenbach) gab, war ein sehr umfassendes Regierungsprogramm, das zum mindesten von dem guten Willen der neuen Männer Zeugnis ablegte, gutes, sogar sehr viel gutes für das deutsche Volk zu leisten.“ Auch die Weirhssozialisten haben durch den Mund ihres Führers Scheidemann erklären lassen, daß die Erklärung der Regierung ihren Wünschen gegenüber viel Anerkennenswertes enthalte, daß die gute Absicht Fehrenbachs, die Mehrheit seines Volkes für sie außer jedem Zweifel zu stellen und daß sie deshalb auch das feste Vertrauen zu ihm hätten, daß er mit seiner ganzen Person für den Schutz der Verfassung einstehe werde. Das Kabinett werde daher, so lange es an dem veränderten Grundgesetz festhalte, nicht gegen die Arbeiter, sondern mit ihnen zu regieren, die Gegenrichtung der Weirhssozialdemokratie nicht finden. Dies bekräftigt auch der „Vorwärts“. Man will auch hier die Taten der Regierung abwarten.

## Das deutsche Volk und seine Wehrmacht

Die Stellung, die ein Teil des deutschen Volkes der Weirhssozialpolitik abzugewandt war, bisher dem Parteipolitiker gegenüber eingenommen hat, ist in ihrer psychologischen Entstehung wohl zu begreifen. Man war es gewohnt, im Militär eine besonders scharf herausgearbeitete Spitze eines politischen Systems zu erblicken und das neue Volk ist durch Verzicht vielfältig mit dem alten verwachsen. Das ist der Grund der vertriebenen Abneigung dagegen. Man kann die Gefühle verstehen und doch ihre Hebung verweigern. Es ist klar, daß man mit dem Auge abblende, wo man aus dem widerwilligen Weirhssozialisten herausstrahlt und als Weirhssozialist in das Staatsleben eingreift, Empfindlichkeiten, deren Verletzung der oppositionellen Vergangenheit angeht, nicht ferner an den Tag legen dürfte. Es ist erlaubt, die Beziehungen und Gegenstände so lange zu betonen, als man durch ihre Bemerkung die eigene Sache schwächen würde; in dem Zeitpunkt aber, wo das Gegenteil eintritt, wird ihre befristete fernere Hervorhebung gegenstandslos, ja unheilvoll. Es dürfte nicht unangebracht sein, vom Ausgangspunkt dieser Erwägungen aus auch das Verhältnis zur Weirhssozialpolitik einmal zu überprüfen. Zunächst eine Vorbemerkung darüber, was die Reichswehr sich eben anschaut, für eine Bedeutung für das Volksganze zu erlangen. Der Friedensvertrag legt fest, daß in diesen Tagen alle bewaffneten Formationen neben der Reichswehr, also Weirhssozialisten, Sicherheitspolizei und Einwohnerwehr aufhören sollen zu bestehen. Es soll fortan nur noch ein einziges Organ des Schutzes und der Verteidigung geben, und auch das soll auf die Hälfte seines derzeitigen Bestandes herabgesetzt werden: die Reichswehr.

## Die Wirtschaftslage des Reiches

Stimmungsbild aus dem Reichstag. Von unserem besondern parlamentarischen Vertreter. In der vorliegenden Reichstagsdebatte über die allgemeine nach den Wahlen geschaffene politische Situation kam man in der Reichstagsdebatte vom Donnerstag auf das wichtigste Thema des Tages, auf die Wirtschaftslage des Reiches, zu sprechen. Die Rede des Reichsfinanzministers Dr. Wirth bildete für die bezüglichen Auseinandersetzungen die Basis. Es war ein ernstes Kapitel, das der Reichsfinanzminister vor den Volksboten aufschlugen mußte. Unter den Milliarden Lasten senken unser Volk und unsere Volkswirtschaft. Dabei wackeln die Lasten ins Ungemessene und noch wissen wir nichts über Spaa. Dr. Wirth betrachtete als die Ursache der heutigen Finanzkrisis die Tatsache, daß schon in der ersten Zeit des Krieges die Ausgaben nicht zu den Einnahmen in das richtige Verhältnis gebracht worden sind. 1918 beispielsweise betrugen die Gesamtausgaben des Staats rechnungsmäßig 44 Milliarden Mark, in Wirklichkeit aber betrug allein die Schuldenerforderung im selben Jahre 51 Milliarden Mark! Im Jahre 1919 zeigte dann der Etat rechnungsmäßig die ungeheure Summe von 74.5 Milliarden Mark. Diese Zahlen, so meinte Wirth, wählten sich die Kritiker an der Finanzpolitik und der alten Koalition an die Wand heften, denn sie würden ihr eigenes Bild darin sehen. Was hat jetzt in einer durch die Verhältnisse begründeten progressiven Steigerung zugeführt im Grunde nur die Schlussfolgerung alter gemachter Meister. Die Zahlen, die dann Dr. Wirth über unsere heutige Finanz- und Wirtschaftslage dem gespannt lauschenden Hause vorführte, waren geeignet, geradezu erschütternd zu wirken. Köhler heute kann man auch nicht annähernd sagen, was uns der Krieg gekostet hat. Viele Milliarden

Es kann zunächst unerörtert bleiben, inwieweit die Forderungen der Entente in deren eigenem Interesse überhaupt erfüllbar sind. Hier steht in erster Linie die zur Abschaffung, daß in aller nächster Zeit der deutsche Staat aus der Welt der Weirhssozialisten rufen wird. Es ist das eine so eminent wichtige Aufgabe, daß sie für alle Kreise des Volkes relevant ist. Wenn jetzt durch das Verhalten zur Truppe in dieser Angelegenheit das Gefühl erweckt wird, nicht Organ der Nation, was ungeteilten Kanzen zu sein, dann hängt die Existenz des Staates von einem dünnen Faden. Was wir jetzt unbedingt brauchen, ist die klare Verbindung des Volkes, das die Reichswehr zu uns allen gehört, keine Partei steht ihr feindselig gegenüber, sondern allein die Anordnung, die sie im Auge aller Parteien zu bekämpfen hat. Eindeutlich ist zu sagen, daß es nicht, den Anwohnern sollen zu lassen und den Deuten, die als Deutsche ja nur nicht einseitig vorzunehmen sein können. Vertrauen entgegenzubringen. Solange sie sich nicht von allen Seiten wohlwollend behandelt sehen, ist es übermenschlich, ihre Wohlwollen für alle Seiten zu verlangen. Streiten wir uns doch nicht länger um Selbstverwehrlösungen. Organ Hochschüler und Verbotsmaßnahmen vom Schlar der Hölz gibt es nur eine Einheitsfront der Aufständischen: selbst die hartnäckigste Grundbesitzer muß zuwenden, daß seiner Sache ab dient wird wenn solche Naturen sich damit identifizieren. Das Wohlwollen für die Wehrmacht nicht allein, sondern die Einigkeit in ihre Bedeutung gebietet es, ihre Sache als eine Volksangelegenheit zu verstehen. Die nächste Notwendigkeit für jedermann ist, zu fragen, daß die Reichswehr als letztes Sicherheitsorgan im Stande bleibt, ihre Erhebung zu erfüllen. Sie stütze sich dabei jetzt auf mehr und enfreunter verbandte Weirhssozialisten: die werden ihr jetzt wegenommen. Das würde ihre Verhältnisse bedingungslos besser still sie vermindert werden. Das ist ein unmögliches Unternehmen, unmöglich für alle Volksteile. Man verweigere sich nicht von rechts ruf man von Reichssozialisten, von links schallt der gleiche Vorwurf zurück. Die Staatsmacht wackelt, und in diesem Augenblicke ausgerechnet will man ihr den Grundstein wegziehen? Das heißt, das Chaos heraufbeschwören, das Chaos der Unbestimmtheit, der Vandalenwirtschaft. Und da gibt es wieder keine Verheilung der politischen Meinung, sondern bloß die Einheitsfront der Unabhängigkeit. Von rechts bis links ist nur ein Wille: Die Fäden des Staatsschicksals dürfen nicht weiterkommen. Wir können und entwickeln, aber auf dem Wege der Gesetzgebung. Und darum ist Einmütigkeit in dem Urteil selbstverständlich: Mit dem 100 000-Mann-Vere geben wir uns nicht zufrieden. Eine solche Stellungnahme aber soll der erste Schritt sein zur endlichen Befestigung alter Fortmänner. Die Streitigkeiten beginnen erst jenseits der Wehrmacht. Die ist und die Wagnis unserer Selbstachtung.

Das neue Kabinett will sich vorstellen, und sein unter so vielen Umständen ja ohne Zweifel außerordentlich wichtiges Programm entwickeln. Unsere Leser wissen, was von seiner Veranlassung im Hause zu halten ist. Wissen auch, wie wir zu ihm stehen. Es ist ein Kabinett Fehrenbach. Ein rein bürgerliches Kabinett; na ja! Und Herr Fehrenbach nennt sich jetzt Reichstagspräsident. Hohem Anspruch! Leider wiederum ein Reichstagspräsident in Gänsefüßen. Ein Reichstagspräsident als einer Mittelstadt, der von den zwischenstaatlichen Beziehungen nur als Zeitungsführer und als Parlamentarier mit ganz anderen Arbeitsfeldern Kenntnis hat, der die große Welt draußen nur vom Hörensagen kennt, von Lebensbedingungen, Bedürfnissen und Kraftquellen der anderen Völker, von ihrer Geschichte, wie der



Wir führen Wissen.





